

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

Druckerei u. Verlagsanstalt: Drag II, Telčanska 18 • Telč: 26795, 31469, Nachdruck: (ab 21.11.32): 33558 • Dofl@edam: 37544

12 Jahrgang.

Dienstag, 25. Oktober 1932

Nr. 252.

Ersparungsmaßnahmen Frankreichs.

Paris, 23. Oktober. Das heutige Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, laut welchem unter der Patronanz des Budgetministeriums der sogenannte Ober-Sparauschuss errichtet wird. Aufgabe dieses Ausschusses wird es sein, Reformen und Maßnahmen aller Art zur Herbeiführung einer Ausgabenreduktion auf sämtlichen Gebieten der Staatsverwaltung zu suchen und vorzuschlagen. Der Ausschuss hat eine ausgedehnte Machtbefugnis und kann Untersuchungen nach eigenem Gutdünken vornehmen. Sämtliche Organe der Staatsverwaltung stehen ihm zur Disposition. Der Ausschuss wird in jedem Ministerium und jedem Staatsunternehmen eine Sparkommission einsetzen, die mit der Ausarbeitung von Anträgen zur Vereinfachung der Geschäftsführung, zur Verbesserung der Arbeitsmethoden, eventuell zur Herabsetzung des Personalstandes usw. betraut sein wird. In diesen Kommissionen werden mit der gleichen Mitgliederzahl vertreten sein:

1. die öffentlichen Organisationen, die ein besonderes Interesse an einem guten Funktionieren des öffentlichen Dienstes haben, z. B. Handelskammern, Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, Arbeitgeberverbände, Genossenschafts Kooperativen usw.
2. die hohe Beamtenkategorie und 3. die Angestellten niedriger Kategorien.

Die Delegierten der ersten zwei Kategorien werden von den zuständigen Ministern und die Delegierten der Angestellten von den Organisationsbestimmern bestimmt werden. Die entsprechenden Anträge dieser Kommissionen müssen bis spätestens Ende Februar 1933 ausgearbeitet werden.

Bedeckung für 700 Millionen Mark

im deutschen Budget für 1933 gesucht.

Berlin, 24. Oktober. Der Abgang im heurigen Budgetjahr Deutschlands wird — nach privaten Schätzungen — ca. 700 Millionen Reichsmark (d. h. annähernd 5,5 Milliarden K) betragen. Der Abgang ist einerseits dadurch entstanden, daß die Staatseinnahmen gegenüber der Budgetschätzung um 400 Millionen niedriger veranschlagt wurden, andererseits durch neue Ausgaben. Die letzteren sind in erster Reihe durch die Sanierung der Preußen-Kasse und in zweiter Reihe durch die Finanzauflösung für die ostpreussischen Gebiete verursacht worden. In Kaschaunien hat der ungünstige Stand der Reichsfinanzen angeblich noch nicht gehindert, und man rechnet damit, daß es möglich sein wird wenigstens einen Teil des Defizites auf das nächste Budgetjahr zu überführen.

SA in Auflösung

Mit, 23. Oktober. Die Sozialdemokratische Partei Neumünster erhält fortgesetzt Zuschriften aus nationalsozialistischen Kreisen über die unhaltbaren Zustände in der SA. Die, wie man in nationalsozialistischen Kreisen sagt, „aristokratische Führung“ hat unter den Angriffen der SA schwer zu leiden, zumal die Kasse in der SA sich in einer ungläubigen Unordnung befindet und mit sehr beträchtlichen Unterschätzungen gerechnet werden darf.

Rechtliche Zustände herrschen in Puzum wo dieser Tage eine ganze SA-Gruppe aus der Raza-Partei ausgetreten ist. Dort sollte ein an den künftigen Vorkämpfer in Altona beteiligt gewesen und jetzt verurteilter SA-Mann seine Strafe antreten. Da ihn die Führung vollkommen im Stich ließ, ist er und seine ganze Gruppe mit Protest aus der Partei ausgeschieden.

Bezeichnend für die Austritte und für die Rebellion in der SA ist, daß es insbesondere die Proletengruppen sind, die gegen die „ebenso“ bezahlte wie hochwichtige Führung ankämpfen.

Der Fuchs predigt den Wölfen.

Gömbös an die Arbeitgeber.

Budapest, 21. Oktober. Ministerpräsident Gömbös wandte sich gestern abends mit einem Aufruf an die Arbeitgeber und forderte sie auf, die Zahl ihrer Angestellten und Arbeiter nach Möglichkeit zu erhöhen, selbst wenn dies eine vorübergehende Verminderung des Gewinns nach sich ziehen würde. Es sei viel vernünftiger, auf einen Teil des Gewinns zu verzichten und beschiden zu leben, als durch die Verschärfung der sozialen Not die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Nation einer Heimtückung auszuliefern.

Demission amtlich verlautbart.

Malypetr mit der Neubildung beauftragt.

Um das Spar- und Arbeitsprogramm der neuen Regierung

Prag, 24. Oktober. Am späten Abend wird amtlich bekannt gegeben, daß die Regierung dem Präsidenten der Republik die Demission gegeben hat.

Der Präsident hat die Demission angenommen und hat gleichzeitig den Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Jan Malypetr mit der Bildung der neuen Regierung betraut.

Bis zur Bildung des neuen Kabinetts wurde wie üblich, die alte Regierung mit der Weiterführung der Staatsgeschäfte betraut.

Mit dieser offiziellen Verlautbarung sind nunmehr — und zwar reichlich spät — endlich die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür erfüllt, daß Malypetr mit den Koalitionsparteien offiziell über die Bildung des neuen Kabinetts verhandeln kann. Da der Präsident der Republik natürlich niemandem offiziell mit der Regierungsabteilung beauftragen kann, bevor nicht die alte Regierung offiziell ihre Demission gegeben hat und diese angenommen wurde, so hat Malypetr bisher lediglich als Beauftragter seiner Partei über die Kabinettsbildung verhandelt, und das Präsidium der Agrarpartei ist natürlich kein verfassungsmäßiger Faktor, der derartige Anordnungen offiziell treffen könnte.

Entgegen der in den letzten Pressekommentaren meist vertretenen Ansicht, daß Demission und Neubildung des Kabinetts Schlag auf Schlag gehen werden, die offizielle Bekundung der Demission also zugleich auch schon die Anklündigung sein werde, daß Malypetr sein neues Kabinett samt dem Programm bereits fix und fertig hat, muß festgestellt werden, daß dies nicht der Fall ist.

Die Verhandlungen mit den Parteien über das künftige Arbeitsprogramm sind noch keineswegs beendet. Bisher hat Malypetr nur mit dem Finanzminister verhandelt. Der Effekt dieser Verhandlungen besteht darin, daß Trapl seine ursprüngliche Forderung, daß im Budget noch 950 Millionen eingespart werden müßten, bereits auf 750 Millionen reduziert hat, wobei auch diese Ziffer derzeit noch nicht als endgültig zu betrachten ist.

Daß dieser Betrag etwa ausschließlich durch Abstriche im Personalsbudget, also durch eine Gehaltskürzung, heringebracht werden soll, ist keinesfalls richtig. Um so mehr entbehren die detaillierten Plattermeldungen, wonach die Kürzung bei dieser oder jener Minimalgrenze anfangen und dann so und so viel Prozent betragen soll, jeder realen Grundlage. Es sind dies

lediglich dieselben Kombinationen, wie sie schon vor vielen Wochen von einzelnen Zeitungen vorgelegt als bereits feststehende Tatsachen gemeldet worden sind. Auch heute sind diese Meldungen durchaus unangebracht.

Tatsache ist lediglich, daß Malypetr heute nachmittags bei Verhandlungen die sogenannte Exekutive der Staatsangestellten und auch einzelne Gewerkschaftsvertreter aus den Reihen der Parlamentarier erfolglos davon zu überzeugen versuchte, daß eine Gehaltskürzung angesichts der Lage der Staatsfinanzen nicht zu umgehen sein werde. Wie es heißt, wurden dabei mit den Vertretern der Angestellten die einzelnen Budgetposten auf die Möglichkeit weiterer Einsparungen in den Sachausgaben überprüft.

Für morgen sind weitere Beratungen mit Vertretern der Koalitionsparteien, darunter auch unserer Partei, über den gesamten Fragekomplex des Budgetgleichgewichts und des weiteren Arbeitsprogramms überhaupt angebernen. Da solche Verhandlungen erfahrungsgemäß nicht ohne Schwierigkeiten zu verlaufen pflegen, dürfte die offizielle Bildung des neuen Kabinetts wohl noch einige Tage auf sich warten lassen.

Daß auch Malypetr selbst mit der Lösung der Personalfragen keineswegs schon die Frage der Regierungsbildung überhaupt als abgeschlossen anieht, sondern größten Wert darauf legt, daß vor der offiziellen Kabinettsbildung ein Uebereinkommen zwischen den Koalitionsparteien über Budget und Arbeitsprogramm wenigstens in den Grundzügen vereinbart werde, bestätigt überdies auch der „Benov“ in seinem Leitartikel vom Sonntag.

Erst die Verhandlungen der nächsten Tage werden also entscheidend für das Zustandekommen der Regierung Malypetrs sein, deren Zusammensetzung dann allerdings kaum von der am Samstag veröffentlichten Ministerliste abweichen dürfte.

Die Fala morgana schon wieder verschwunden.

Aus dem Monatsbericht der Nationalbank.

Prag, 24. Oktober. Der Monatsbericht des Bankrates der Tschechoslowakischen Nationalbank konstatiert u. a., daß die Entwicklung der Weltwirtschaftssituation zwar auch in der verflochtenen Periode die Grundtendenz des Vertrauens behielt,

daß jedoch die Anzeichen einer eintretenden Besserung, welche im vorangegangenen Zeitabschnitt auftraten, inzwischen wieder an Intensität eingebüßt haben.

Auf dem Rohwarenmarkt hielt die letzte Tendenz nicht an und die Preise gingen zurück. Auf der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa wirken die wachsenden Zahlungsschwierigkeiten einiger Gebiete in Mittel- und Osteuropa ein.

Die Wirtschaftslage der Tschechoslowakei erfuhr gegenüber dem Vormonate nur stellenweise Änderungen. Die Ansprüche der schwach beschäftigten Industrie an den Geldmarkt sind noch immer gering. Sonst stand der Septemberquartalultimo eher unter dem Einfluß des Bedarfs der öffentlichen Hand und wurde ohne bedeutendere Anspannung befreit.

Unter dem Eindruck der allgemeinen Unsicherheit, hauptsächlich der politischen, gestaltete sich die Einlagenentwicklung auf dem Kapitalmarkt bisher uneinheitlich und im ganzen stöckend, so daß die Grundlage für langfristige Kredite eingengt bleibt und die Durchführung der Grundzüge des beratenden Ausschusses für Geldangelegenheiten nach Senkung der

Zinssätze bisher noch nicht in allen Gebieten der Republik zu einem Ende geführt werden konnten.

Die definitive Schätzung der heurigen Ernte ist bei sämtlichen Getreidearten, hauptsächlich aber bei Roggen, höher als die Ergebnisse der vorläufigen Ermittlung. Bei Weizen ist neuer das Verhältnis zwischen marktfähiger Ware und Wintergetreide viel ungünstiger als in den Vorjahren. Das herbstliche Säen war schwierig und stellenweise bedeutend verspätet. Die Zuckerrübe, die bisher noch geerntet wird, ist im ganzen sehr gut, die Kartoffelergebnisse sind aber sehr verschieden.

Die Beschäftigung der Industrieerzeugung hat sich in einigen Zweigen weiter gebessert, wozu zum Teile auch die Saison beitrug; in den übrigen Branchen werden die weiter verschlechterten Zahlungsmöglichkeiten einiger Staaten ungünstig empfunden. Die Arbeitslosigkeit nimmt aus Saisongründen, hauptsächlich infolge der endenden Bauzeit, zu.

Der September-Außenhandel (der mit dem bisher höchsten Aktivum der heurigen Monate endete) bot in der Rohstoffzufuhr und in der Fertigwarenausfuhr ein günstigeres Bild als im Vormonate, der Gesamtumsatz ist aber abnehmend sehr herabgedrückt.

Der Kurs der Ka blieb auch bei der Unruhe auf den internationalen Märkten ohne Schwankungen.

Das Erwachen.

Flucht aus dem Hitler-Lager.

Die Flucht aus der Nazi-Partei wird täglich größer und bedroht die Braunen Häuser sowie ihren Führer mit einer Katastrophe.

Am Samstag hat in Bremen der Nazi-Präsident der Bürgerchaft, Rechtsanwalt Dr. Bachhaus, sein Amt niedergelegt und ist gleichzeitig aus der Hitlerpartei ausgetreten. Bachhaus war eine große Leuchte des Dritten Reiches. Er gehörte zum Vertrauenskreis des Oberstfeldmarschalls, dem Bachhaus in einem langen Brief die Gründe seines Austritts auseinandergesetzt hat. Diese Gründe sind rein politischer Art und der Fall Bachhaus selbst ist typisch für die Stimmung unter den bisherigen bürgerlichen Naziwählern, soweit sie materiell nicht proletarisiert sind. Kein Wunder und kein Zufall, wenn sich deshalb Gregor Strasser dieser Tage in öffentlichen Erklärungen bezieht, das Privateigentum anzuerkennen und die Hitlerpartei als festes Bollwerk des kapitalistischen Systems anzupreisen.

Dieser Gregor Strasser galt bisher als der „Revolutionär und Sozialist“ des Braunen Palastes und als der große Gegenspieler des „Bürgers Hitler“. Strasser, das war für die SA und alle Naziproleten der „Vehremeister und Bratler der deutschen Revolution und des deutschen Sozialismus“. Wenn er sich jetzt bezieht, seine früheren Manifeste und sein „sozialistisches“ Wirtschaftsprogramm buchstäblich zu verbrennen, einzustampfen und zum alten Eisen zu werfen, so illustriert dieser plötzliche Wandel sehr deutlich den Zäwindel des Hitlersozialismus. Es beweist aber auch, woher der Wind weht. Die bürgerlichen Elemente in der Hitlerpartei beginnen abzuhäuten, die Kassenstränge der Schwerindustrie und der Großagrarier wollen sich mit noch sehr schwer für die Propagandafonds der Braunen Häuser öffnen. Es ist Ebbe geworden in den Nazikassen. Der Judas der arbeitenden Klassen hat für die Junker und Schlotbarone seine Schuldigkeit getan. Um zu retten was zu retten ist, läßt er jetzt den „feinen Leuten“ zuliebe den „sozialistischen“ Ballast abwerfen. Aus ist es mit der „nationalen Revolution“, die in Wahrheit nie etwas anderes gewesen ist für Hitler, Goebbels, Strasser und Konjorten als billige Agitationsphrase und Wahlhumbug.

Allerdings ein sehr jugkräftiger. Denn zu groß und furchtbar sind die Leiden, die dieses verfaulende kapitalistische System den Millionen der hungernden und darbenenden Massen des Volkes auferlegt. So groß und furchtbar, daß wohl die Komödianten und Betrüger in den Braunen Häusern, die Nutznießer des Volkseides und des Hungers bedenkenlos zum Kapital abschwenken und ihre Schwüre abschwören; nicht aber die Darbenenden und Leidenden.

Die Folge ist, daß ebenso wie die bürgerlichen erst recht die proletarischen Hitlerwähler die Flucht aus dem Nazilager antreten. Seit dem Koalitions-Kuhhandel mit der „schwarzen Pest“ schwellt der Aufruhr in der SA und läßt sich nicht beschwichtigen. Reihenweise sind ganze Stürme ausgebrochen worden, aber bedeutend größer ist die Zahl jener, die freiwillig das Lager verlassen. Am deutlichsten zeigt sich dieser Differenzwund bei der gegenwärtigen Versammlungstour des Hauptlings. Er selbst hat allen Glauben an einen Sieg verloren, auf seinen Fanfaren sind schwächliche Chamaden geworden und der große Führer und Erreiter Deutschlands erklärt: „Wenn es Gottes Wille ist, daß wir siegen, so siegen wir; wenn es sein Wille ist, daß wir noch zehn Jahre warten müssen, so warten wir“. Die Massen frömen nicht mehr zuhause und wo „der Gottgelandte“ noch vor dem 31. Juli bis zu fünf und zwar zig Mark Eintrittsgeld für seine Versammlungen erheben konnte, da begnügt er sich

An unsere Abonnenten und Kolporteurs!

Wir machen darauf aufmerksam, daß infolge des Staatsfeiertages am Freitag, den 28. Oktober die Nummer vom Samstag, den 29. Oktober entfällt. Die nächste Nummer unseres Blattes erscheint dann wieder Sonntag, den 30. Oktober.

Die Verwaltung.

heute mit 30 Pfennig, Erwerbslose 10 Pfennig.

Im Ostpreußen, der bisherigen Hochburg der Nazi-Illusion, sind die Versammlungen mehr als bescheiden. Zwar nehmen die Nazi-Blätter den Mund ebenso voll wie früher, wenn aber das Münchner Hitlerblatt 25.000 Besucher verführt, so sagt das ostpreussische Nazi-Organ 9000 und die Wahrheit liegt bei 5000.

Das große Erwachen Deutschlands von dem Nazitaumel hat begonnen. Auch die Beamten und Bauern bilden keine Ausnahme. Die kurze Zeit einer Naziherrschaft in Thüringen, in Koburg, in Mecklenburg oder Oldenburg, hat die vollkommene Unfähigkeit der Nazibonzen und Naziminister gezeigt. Unter dem Naziregime ist es nicht besser sondern schlimmer geworden. Das Parteibuch ist Trumpf und erfährt jegliche Voraussetzungen für ein Amt. In Mecklenburg hat sich einer der Nazi-Minister

vorjorglich zum Oberregierungsrat ernannt, erfahrene, tüchtige und selbst rechtsgeübte Beamten müssen weichen und werden pensioniert, sobald das Braune Haus einen Anwärter zu versorgen wünscht.

Was sich in Ostpreußen am kläglichen Versammlungsbesuch ankündigt, hat bereits in Thüringen bedröhten Ausdruck gefunden. Dort hat dieser Tage der agrarpolitische Nazileiter, Dr. Ennker, die Flucht ergriffen angeht die des Nazibetrugs an den kleinen Bauern. Kein Versprechen ist von der thüringischen Nazi-Regierung gehalten worden und nach all den traurigen Erfahrungen hat jetzt dieser Doktor Ennker einen offenen Brief an die thüringischen Bauern geschrieben, in dem er sie warnt, noch einmal ihre Stimme Herrn Hitler und der Nazi-Partei zu geben: „Ich warne Euch vor der Partei, die so viele große Worte macht und so wenig hält. Sie ruft auch jetzt wieder auf, Hitler als Retter des Bauernstandes zu wählen. Glaubt Ihr noch daran, nachdem Ihr von dieser Seite so benarrt worden seid?“

Das ruft der bisherige Führer des Nazi-Landvolks von Thüringen zu den Bauern. Benarrt und genarrt haben die Braunen Häuser alle! Aus den „deutschen Revolutionären“ und Hitlersozialisten ist nichts übriggeblieben als Lakaien und Schlepenträger entthronter Fürsten und Prinzeßinnen; Knechte, die den Baronen in die Regierung geholfen haben; Verräter an der Arbeiterklasse, Postenjäger, die am Hunger des Volkes satt und fett geworden sind.

Mieterschutzdebatte im Parlament.

Heute Abstimmung.

Prag, 24. Oktober. Heute nachmittags begann das Parlament mit der Beratung des Wohnungsprovisoriums, das morgen abgestimmt und Mittwoch bereits dem Senat zur beschleunigten Erledigung übermittelt werden soll.

Nach seiner Niederlage im sozialpolitischen Ausschuss bei der Abstimmung über die Abänderungsanträge sucht Herr Kalas nun zu retten, was noch zu retten ist. Heute fanden hinter den Kulissen Verhandlungen der tschechischen Agrarier mit den Landbündlern, den Nationaldemokraten und den Tschechischkristlichen statt, die die Einbringung gewisser — gegenüber den Wünschen des Herrn Kalas allerdings bereits wesentlich gemilderten — Abänderungsanträge, d. h. Anträge auf Abbau des bisherigen Mieterschutzes, zum Gegenstand hatten. Eine Verbindung mit den sozialistischen Parteien zwecks Unterhandlungen über diese Anträge wurde heute vergebens gesucht. Ob die Herrschaften damit morgen mehr Glück haben, ist noch zweifelhaft, zumal die Agrarier bereits entschlossen sein sollen, sich von Kalas nicht zu irgendwelchen erstritten Konsequenzen hinreißen zu lassen, sondern ihn höchstens die Abgrenzung von der Abstimmung zuzubilligen, falls die Verhandlungen mit den sozialistischen Parteien, wie vorauszu-sehen, zu keinem positiven Ergebnis führen sollten.

Uebrigens hat heute auch der Vertreter der Nationaldemokraten Petrovich bereits die Erklärung abgegeben, daß die Nationaldemokraten dem Provisorium, wenn auch nicht gerade gern und bereitwillig, zustimmen. Wenn also Kalas morgen Änderungen durchsehen würde, so würde er sie natürlich zu 100 Prozent auf sein Konto buchen und einen solchen Erfolg würde Herr Petrovich, der nationaldemokratische Hausbesitzer- (bzw. Baumeister-) Vertreter, der Konkurrenz wohl kaum gönnen.

Dagegen kann man für die morgige Sitzung wohl darauf rechnen, daß Herr Kalas, der als Redner bereits angemeldet ist, von der Parlamentstribüne aus seinem aufgeschickerten Grimm wieder einmal ordentlich Luft machen wird.

In der heutigen Debatte hielt der tschechische Genosse Vinocec eine ausgezeichnete Rede, in der er sich scharf gegen das Reststreben wandte, das die bürgerlichen Parteien gegen die ersten drei Abschnitte der definitiven Wohnungsvorlage arrangierten. Er stellte auch fest, daß die entscheidenden Bestimmungen des Baugesetzes von 1921, das eine Staatsunterstützung bis zu 80 Prozent des Bauaufwandes vorsah und auch Leuten mit einem Millionenvermögen ein Anrecht auf diese Staatssubvention gab, von den Nationaldemokraten Dr. Kasin und Bedka ausgearbeitet wurden. Gerade die Leute, die damals mit dieser horrenden Staatsunterstützung sich große Zinshäuser gebaut haben, schrien heute am lautesten über die „Verschwörung von Staatsgebern“, die angeblich in den beschiedenen Bestimmungen der definitiven Vorlage liegen soll.

Die Wohnungsfrage ist auch vom gesundheitlichen Standpunkt viel zu wichtig, als daß die Staatsverwaltung die Sorge für die weitere Entwicklung der Wohnungsverhältnisse ausschließlich der privaten Initiative überlassen könnte, die sich so schlecht bewährt hat. Die Partei des Redners wird alles daransetzen, um die bestehende Unsicherheit im Wohnungsverhältnisse bald durch die Verabschiedung des definitiven Wohnungsgesetzes zu liquidieren.

Von den sonstigen Rednern bedauert außer Herrn Petrovich auch Gorphyka, daß den „berechtigten“ Wünschen der Bevölkerung nach Reduktion des Mieterschutzes nicht Rechnung getragen werde; der Vertreter der Hlinkapartei

kündigt Absenz von der Abstimmung an. Die Kommunistin Hodinova dagegen erklärt, daß ihre Partei ungeachtet ihrer Abänderungsanträge doch für die Verlängerung des Wohnungsprovisoriums stimmen werde.

Zwei andere kommunistische Redner beschäftigten sich mit den Auswirkungen der Krise, über die hoffentlich bald in der Debatte über die kommende Regierungserklärung eine eingehende Aussprache möglich sein wird.

Getrennt marschieren, vereint bezahlen?

Die Nationalsozialisten und der Volksportprozeß.

Zu Beginn der Aussprache hielt Jung (Nat. Soz.) eine recht mäßige Rede zum Brünner Volksportprozeß, in der er außer der Parallele zum feinerzeitigen Agrarier Hochverratsprozeß und dem diesbezüglichen Majoratstakt der genugsam bekannten Materie wohl kaum irgend eine neue Seite abgewinnen konnte. In hochtrabenden Worten bezeichnete Herr Jung diesen Prozeß als einen Prozeß gegen die deutschen Nationalsozialisten.

Damit kontrastiert allerdings sehr merkwürdig die heute im Parlament verdröhtete Nachricht, daß die Nationalsozialisten an die bürgerlichen Parteien eben jetzt Einladung zur Gründung einer „Fürsorgestelle für politische Prozesse“ ergeben lassen, der wohl als dringendste Aufgabe die gemeinschaftliche Liquidierung der Kosten des Brünner Prozesses zuziele. Die bürgerlichen Parteien sollen aber nicht sehr geneigt sein, für diese Kosten aufzukommen, die weil die Nationalsozialisten diesen Prozeß, wie heute wieder Jung, ausschließlich für ihre parteipolitischen Zwecke nach Kräften ausgeschrotet.

Demonstrative Anträge der Agrarier.

Im Einlauf der heutigen Sitzung befindet sich auch eine ganze Reihe agrarischer Initiativanträge, die u. a. die Deutung des Roggenabfahes durch Wiedereinführung des Roggenbrotzzwanges, die Einführung von Lagerzinsen für Getreide zum Zwecke der Erleichterung des Warenkredits, die Errichtung einer Organisation zur Sicherung der Viehproduktion, die Sicherstellung gewisser Minimalpreise für Getreide und ähnliche Dinge vorsehen.

Unter den heutigen Verhältnissen ist wohl an eine Verwirklichung dieser Forderungen auch in einem wesentlich kleineren Rahmen nicht zu denken.

Die Nazi Blutarbeit in Oesterreich.

Ein Genosse schwer verwundet.

Marbach an der Donau, 24. Oktober. In Genz bei Marbach kam es gestern im Gasthause Müller zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten und Kommunisten, bei der ein sozialdemokratischer Gemeinderat aus Marbach schwer verletzt ins Spital gebracht werden mußte.

Die Partei der Totschläger.

St. Pölten, 24. Oktober. Die gestrigen nationalsozialistischen Veranstaltungen richteten

Demokratie und Autonomie

In den „Libove Roviny“ veröffentlicht an leitender Stelle der Professor der Brünner Universität Wehr, der gleich seinem Kollegen Engliš sich immer mehr als der theoretische Vorführer reaktionärer politischer Bestrebungen entlarvt, einen Artikel, der seinen anderen Zum hat, als gegen die Selbstverwaltungskörper Zustimmung zu machen. Er glaubt, daß durch die konsequente Einführung der Autonomie der öffentlichen Verwaltung der Gedanke der Autonomie nicht gefährdet würde. Er sagt, die autonomen Selbstverwaltungskörper bilden kein geschlossenes Ganze, weil sie oft in ihren einzelnen Instanzen von verschiedenen Einflüssen, bezw. von verschiedenen Parteien beherrscht werden. Es kann z. B. geschehen, daß in der Gemeinde die Agrarier, im Bezirk etwa die Merkanten und im Parlament vielleicht die Sozialisten herrschen. Das würde eine Uneinheitlichkeit in die öffentliche Verwaltung bringen und deswegen sei ein gewisser Zentralismus notwendig. Dazu kommt noch, daß die Gemeindeverfassung in einer Zeit erlassen wurde, da die Gemeinden klein waren und nur geringe Aufgaben hatten. Damals genügte es, wenn jemand im Nebenberuf den Gemeindevorsteher machte. Heute sei die Gemeindeverwaltung viel zu sehr vergrößert, als daß sie im Nebenamt betrieut werden könnte.

Weder das erste noch das zweite Argument des Brünner Professors sind stichhaltig. Ist man ein Anhänger der Demokratie, dann kann es kein Argument gegen die Selbstverwaltung sein, wenn in den einzelnen Instanzen verschiedene Parteilagen den Gang der Verwaltung am meisten beeinflussen. Wäre Herr Prof. Wehr ein Demokrat, würde er sich sagen, daß eben dadurch, daß in den verschiedenen Instanzen verschiedene Parteien maßgebend sind, eine objektive Verwaltung ermöglicht werden könne. In Wirklichkeit paßt es dem Herrn Professor nicht, daß etwas in Gemeinden und Bezirken Parteien zu größerem Einfluß gelangen, die in den zentralen, gesetzgebenden Körperschaften schwächer vertreten sind. Alle Feindschaft gegen die Selbstverwaltungskörper in bürgerlichen Kreisen stammt daher, daß in einzelnen Gemeinden (und vor der Verwaltungsreform auch in den Bezirken) die sozialistischen Parteien oft die ausschlaggebenden waren und so für die wirtschaftlich schwächeren Schichten der Bevölkerung etwas geschaffen werden konnte.

Ebenso wenig stichhaltig ist die Meinung Wehrs, daß man im Nebenberuf wichtige kommunalpolitische Ämter nicht mehr ausfüllen könne. Der Herr Professor möge nur ein Buch über die englische Selbstverwaltung zur Hand nehmen und wird daraus erfahren, daß in England, einem Lande, dessen Selbstverwaltung viel älter ist als die unsere, sowohl der Vorsteher einer Gemeinde wie einer Grafschaft gewählt sind, wodurch das Interesse der Bevölkerung voll gewahrt wird. Freilich stehen den gewählten Männern rechtskundige Beamte zur Seite, die sie beraten und die durch ihr Amt Möglichkeiten haben Erfahrungen zu sammeln. Wehrs Auffass hat also keinen andern Sinn, als das Ansehen der Selbstverwaltung zu schwächen und es ist tief bedauerlich, daß die „Libove Roviny“, ein Blatt, das eine gewisse fortschrittliche Tradition hat, den theoretischen Vorführern der Reaktion in der Tschechoslowakei immer mehr Raum geben.

Weiß Zähne: Chlorodont

Die ungarischen Kommunisten-Prozesse.

Budapest, 24. Oktober. Vor dem Budapest-Verwaltungsgericht hatten sich heute wiederum 14 der Verhaftung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung beschuldigte Kommunisten zu verantworten. Der Hauptangeklagte, Friedrich Karikás, war zusammen mit den beiden hingerichteten Kommunistenführern Salkai und Fürst monatelang hindurch Leiter der kommunistischen Geheimbewegung in Ungarn. Seine Aufgabe war, wie in der Anklageschrift angeführt wird, die ungarische industrielle Produktion genau zu studieren, die auf sie bezüglichen Daten zu sammeln und auszuwerten, um so den höchsten Leitern der Komintern eine Handhabe bei der Organisierung der Bewegung zu bieten. Karikás, der während der Räteregierung politischer Beauftragter war und nach dem Sturz der kommunistischen Herrschaft in Moskau, Wien, Berlin und Paris wirkte, lehrte 1932 nach Ungarn zurück, um auf Weisung der Parteileitung an der Organisierung der Parteimitglieder zu wirken. Im Laufe der Vorbereitungsverhandlung wurden die Hauptangeklagten vernommen.

Heimwehraufmarsch

mit Maschinengewehren und Geschützen.

Junnsbrud, 24. Oktober. Die Kampfformationen der Tiroler Heimwehren in der Stärke von einigen hundert Mann veranlaßten gestern bei Hall eine Schießübung mit Verwendung von Maschinengewehren und Geschützen. An der Übung beteiligten sich auch Sappeur- und Telegraphenabteilungen. Ferner nahm auch Gendarmerei teil, um die Zusammenarbeit der staatlichen Exekutive mit den Heimwehren zu betonen, wie es in dem Bericht der Tiroler Landesregierung heißt. Nach der Übung zogen die Heimwehren mit dem Kriegsmaterial und Rüstung durch die Straßen von Junnsbrud.

Nationalrat Janecek gestorben

Wien, 24. Oktober. (Eigener Bericht.) In der Nacht auf heute ist gänzlich unerwartet der erste Vorsitzende des Bundes der freien Gewerkschaften Nationalrat Johann Janecek an einem Herzschlag verstorben.

Er stand im 51. Lebensjahr und war seit zwanzig Jahren in führender Stellung im Metallarbeiterverband tätig. Nach dem Tode Wiedenhofer wurde er Obmann der Wiener Bezirksleitung der Metallarbeiter und im Jahre 1927 Obmannstellvertreter und nach dem Tode von Domes erster Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes. Als im Vorjahr Sueder nach Erreichung des 70. Lebensjahres zurücktrat, wurde Janecek erster Vorsitzender des Bundes der freien Gewerkschaften.

Auch in der Partei hatte er wichtige Funktionen. Von 1918 bis 1927 war er Bezirksvorsitzender und Obmann der sozialdemokratischen Bezirksorganisation im Wiener XX. Bezirk. 1927 wurde er in den Nationalrat gewählt, dem er bis zum Schluß angehörte. Er war auch Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes und Obmann des Hauptverbandes der Krankenkassen.

Große Kundgebungen der Wiener „Jungfront“.

Wien, 24. Oktober. Der gestrige Tag verlief in Wien in vollständiger Ruhe und Ordnung. Auch die 15 von der sozialdemokratischen „Jungfront“ abgehaltenen Versammlungen sind ruhig verlaufen. In den Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Schuld an den letzten Ereignissen in Simmering dem Vergehen der Polizei und den angriffsbereiten Nationalsozialisten zuzuschreiben sei.

In der Versammlung der Jungsozialisten im 8. Wiener Bezirk übertrug der reichsdeutsche Zentrumabgeordnete Prinz Löwentstein die Größe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und übte Kritik an den österreichischen Verhältnissen, hauptsächlich aber an den christlichsozialen Führern. Reichstagsabgeordneter Prinz Löwentstein wurde nach der Versammlung in Schönbrunn angehalten und auf die Polizei gebracht, wo ihm nahegelegt wurde, Wien sobald wie möglich zu verlassen. Als Prinz Löwentstein erklärte, er werde die österreichische Hauptstadt ohnehin Dienstag oder Mittwoch verlassen, konnte er sich ungehindert entfernen.

Ein diplomatischer Agent Mussolini wird gewaltsam.

Wien, 23. Oktober. Der sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Dr. Ellenbogen hat im Nationalrat eine Interpellation eingebracht, in welcher auf die Teilnahme des italienischen Gesandten in Wien Auriti an der Heimwehrausübung vom 15. d. M. hingewiesen und im Zusammenhang damit an den Bundeskanzler die Frage gerichtet wird: 1. Ist es wirklich wahr, daß der genannte Diplomat an der Heimwehrausübung teilgenommen hat und wurde er wirklich dort vom Bundesführer der Heimwehren Starbemberg als Vertreter Italiens begrüßt? 2. Wenn sich dies so verhält, ist der Bundeskanzler bereit, die italienische Regierung, auf dieses taktlose Verhalten des Gesandten Auriti aufmerksam zu machen.

Frankreichs „Abrüstungs“-Pläne.

Paris, 22. Oktober. Die Studienkommission des Obersten Landesverteidigungsrats hat am Sonnabend vormittag unter Vorsitz Herrriots die Prüfung des neuen französischen Abrüstungsplanes fortgesetzt. Mehrere Minister, die sich sonst durch hohe Ministerialbeamte vertreten lassen, wohnten der Sitzung bei. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Text des Planes noch nicht vollkommen fertiggestellt ist und die Minister der Landesverteidigung daher um ihre Ansicht befragt werden müssen. Nach der Sitzung erklärte einer der beteiligten Minister gegenüber Pressevertretern: „Diese vollkommen technische Beratung verfolgt hauptsächlich den Zweck unsere Truppenverbände und Ausrüstungen zu vermindern. Wenn man einen Unterschied zwischen einer Angriffs- und einer Verteidigungs-Armee machen will, so ist das ein Scherz. Eine Armee ist offenst oder defensiv, je nach den Absichten desjenigen, der sie verwendet.“

Nach dieser Bekehrung kann man darauf gefaßt sein, daß sich der neue französische Abrüstungsplan von dem Tardieu'schen Plan nicht sehr unterscheiden wird.

IRMGARD KEUN Gilgi eine von uns

„Du“, sagt Olga, und ihre Stimme ist rund und voll von Liebe und Gutseinwollen. Sie kniet neben der Kleinen, legt ihr den Arm um die Schulter, spricht gute Worte mit den leichtfüßigen Händen, fragt Verstehten in das fleckige, hüßliche, kleine Gesicht, hört sich selbst in das



Olga. Von: Petermann.

dünne zerbrochene Stimmchen hinein — und man ist nichts zusammen und läuft tagsüber nebeneinander her, hat kein einziges Wort, das bindet — fängt nur Worte, die Seifenblasen sind. Und es gibt da was, das ich nicht begreife — denke gegen eine Wand — und — verheißt — du — das — du, daß man sich so schämt vor allem, was ernst ist? Und Angst hat vor etwas, das man nicht begreift und das kein Wort ist? Und ganz zerfetzt ist man und hat Schreibmaschinenworte und will nichts von sich wissen und soll etwas von sich wissen. — Ich liebe ihn so, Olga — nein, sieh mich nicht an. — Und das unzärtliche kleine Mädchen Gilgi umarmt die Freundin, fährt ihr mit den Lippen über Gesicht und Hals, hat heiße Lippen. „Dumme Kleine“, sagt Olga und muß Gilgi so lieb haben, wie alle sonnensüchtigen, lichtkotten Menschen traurige Järrlichkeit lieben müssen.

„Mein Gott, Olga — Gilgis Hand tastet über den Boden — das ist ein Teppich, nicht wahr? Und du bist das süße, blonde, schimmernde Margipannmädchen, und ich...“ Sie springt auf, hat wieder ihre feste helle Gilgistimme, „ich, Olga, ich bin von einem wilden Hornorn gebissen — bin verrückt in einen Mantel — eßt tout. Nichts Besonderes, kommt in den besten Familien vor.“ Sie setzt sich aufs Heulbrett, baumelt mit den Beinen — „eines Tages hat er mich über — na ja. Ach, sag mal Olga, täusch' ich mich, oder ist der Dreck-Puder von Houbigant wirklich schlechter geworden?“

„Ich glaube, der Puder von Dudmut ist besser. — Und — Gilgi — ich hab' in Berlin viele Bekannte, komm' dich da unterbringen als Sekretärin — auf jeden Fall: du weißt, daß es meine egoistische Art ist, mir für eigene Sünden Absolution zu erteilen, indem ich Leuten, die ich mag, helfe, wenn's mal nötig ist... na, nimm schon von meinem Puder, wenn deiner nichts taugt.“ Gilgi wendet mit hartem Kleinen Ruck das Gesicht — man ist so empfindsam geworden, so offen für jedes gute Wort — muß einfach losheulen, wenn einer was Nettes zu einem sagt, ist eben, weil — „verflucht nervös bin ich, Margipannmädchen — eßt l'amour — ah, Martin! Wenn man vom Esel spricht... Warum willst du schon gehn, Olga?“

„Ne, Kinder, das könnt ihr mir nicht übelnehmen. Mit verlebten Leuten beifammen sein — wird mir ersten schlecht, zweitens werd' ich grünelnd vor Reid... also! Aus Rücksicht auf meinen Teint... Wiederheh!“

Gilgi liegt im Bett. Schläft. Wacht auf: ein Uhr nachts. Martin ist fortgegangen. Warum soll ein Mann nicht mal allein fortgehn? Ist ja ganz richtig so. Aber warum ist er noch nicht zurück? Es wird ihm doch nichts passiert sein? ... oder...? Quatsch, betrügen wird er sie nicht. Man ist doch nicht verheiratet.

Gilgi hält's nicht mehr aus im Bett. Steht auf, läuft im Zimmer hin und her. Daß man so schlaf und müde ist, müde vor lauter Nichtstun! Nie ist man früher so müde gewesen. Und daß man nicht mehr allein sein kann! Richtig krankhafte Angst hat man vor Alleinsein. Jetzt mir nicht so sinnlos hin und her rennen, irgendwas tun, arbeiten. Gilgi zieht sich den Schlafrock über. Macht Licht in sämtlichen Zimmern, kann's gar nicht hell genug haben. Sieht ein bißchen vertäuschelt aus, die Wohnung. Gilgi halt Besen und Lappen und Eimer aus der Küche, fängt an zu scheuern und zu putzen — mitten in der Nacht. Sie arbeitet, bis die Arme ihr weh tun, ordentlich leicht und wohl wird ihr dabei. Und Olga hat ganz recht, wenn sie sagt, daß ihr das Nichtstun nicht bekommt.

Gilgi geht in Martins Zimmer — Schreibzimmer, wenn man will — es Arbeitszimmer zu nennen, würde selbst Gilgi um eine leichte Nuance übertrieben vorkommen. Auf dem Schreibtisch liegen bedruckte Blätter, Gilgi liest ein bißchen drin: handelt sich da um Sitten und Gebräuche von Südseeinsulanern — „wird eine ganz eingehende, lange Angelegenheit“, hat Martin mal gesagt — „und wird vor zwei Jahren sicher nicht fertig sein“. Vorsichtig legt Gilgi die Bogen wieder hin, kreuz und quer — genau so, wie sie gelegen haben. Da hat man mal irgendwo gelesen früher: wie unangenehm es empfunden wird, wenn ordnungswidrige

Thomas Mann bekennt sich zum Sozialismus!

Eine Rede vor Wiener Arbeitern.

Am Samstag hielt Thomas Mann, eingeladen von der Wiener sozialdemokratischen Bildungszentrale, im Ottakringer Arbeiterheim eine Rede, deren Lausache und Inhalt an Bedeutung weit über Wien und seine Arbeiterschaft hinausreicht. Das Bekenntnis des großen Dichters — dessen demokratisch-republikanische Gesinnung ihn uns seit langem schon sehr nahe brachte — nunmehr zur Sache der Arbeiter, das immer deutlichere Hinneigen dieses vornehmsten Epstoffs kulturbürgerlicher Geistigkeit zu den Gedanken des Sozialismus, darf als eine der erfreulichsten Erscheinungen unserer Zeit vermerkt werden. — Thomas Mann sagte den Wiener Genossen im wesentlichen folgendes:

Die Situation dieses Abends, an dem ich als bürgerlich geborner Schriftsteller zum erstenmal vor sozialistischen Arbeitern spreche, ist kennzeichnend für die Zeit und epochenmachend für mein Leben und meine geistige Entwicklung. Was ich sagen will, soll ein Bekenntnis sein, eine

Überzeugungsbekundung Sympathieerklärung für die Sache der Arbeiter.

Thomas Mann untersuchte nun die Zusammenhänge von

Kultur und Sozialismus.

Er erblidte in der Kultur nicht einen ideologischen Ueberbau der Gesellschaft. Kultur und Geist gehören keiner Klasse an, der freie und fähne Gedanke, das Gewissen und die Erkenntnis sind Menschenswerte, die nicht aus dem Klassenmäßigen kommen. Die bürgerliche Kulturepoche, die ihren Höhepunkt im Klassizismus hatte, schuf einen halbreligiösen Kulturbegriff, der den gesteigerten eigenen Wert dem gesellschaftlichen Ganzen wollte zugute kommen lassen. Diesem idealisierten Individualismus steht nun die gesellschaftliche Klassenidee gegenüber. Sie ist ökonomischer Herkunft, aber sie hält engere Beziehungen zum Geiste. Sie ist geistesfeindlich in der Theorie, aber geistfreudig in der Praxis, und das ist das Entscheidende. Zwischen dem von den Epigen der Menschheit erreichten Erkenntnisstand und der erreichten Wirklichkeit besteht ein Spannungsverhältnis.

Diese Spannung zu tilgen, zeigt die Arbeiterschaft besseren Willen als die Gegenseite.

Die Kunst als eine Vertiefung ins Menschliche, ist, wie die Politik und das Soziale, eine Sache des Humanen. Sie ist das Jüden des Geistes in der Materie, sie ist die Steigerung des Menschlichen über sich selbst hinaus.

Materialismus

ist ein kindisches Schreckwort, mit dem das Menschlich-Kunstliche bekämpft werden soll.

Der Materialismus kann geistiger, idealistischer und religiöser sein als die geistige Vornehmlichkeit, die ihn bekämpft.

Es gibt einen Materialismus des Geistes. Er ist die Wendung des religiösen Menschen zur Erde, der soziale, pflichtmäßige Entschluß, den Kopf nicht mehr vor dringenden Forderungen in den Sand zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen, einen Menschensinn.

An diese geistvolle Ehrenrettung des vielmisbrauchten Begriffes Materialismus schloß Thomas Mann eine Darstellung der

Demokratie.

Wer Demokratie nach der Lausache der heutigen bürgerlichen Republik auffaßt, wird dieser Staatsform keinen langfristigen Kredit gewähren. Wer sie aber nach dem Wortsinne auffaßt, als Volkswille, dem kann sie nicht überholt erscheinen, denn sie ist noch nicht veraltet. Die Regierenden, Beauftragte des Volkswillens, lassen den Volkswillen unerfüllt. Der Wille der Völker geht nach Friede, Arbeit und Brot. Sie sind mißtrauisch gegen den Schlagspruch „Vaterland“. Von ist nicht wohl, wenn die Rüstungsindustrie sich schlagen und noch weniger, wenn sie starr vertragen. Die Völker müßten

Frauen sich über Männerschreibweise hermachen. Nur — was auf dem Boden liegt, wird man wohl aufheben dürfen, Rechnungen! Ein ganzes Bündel. Keine bezahlt. Gilgi sagt sie mit spitzen Fingern, gerade so, als wären sie giftig. Sind sie ja auch. Sie will sie nicht ansehen, will auch mit Martin nicht mehr drüber sprechen, nie mehr. Sie selber nichts draus machen — überhaupt nicht dran denken. Aber schenlich ist's, wenn man zusammen aus dem Hause kommt und gleich stillschweigend auf die andere Seite rüberkopiert, nur um nicht an dem Defektsengesecht vorbeizumüssen, weil... nee Späß macht sowas nicht, und ist und bleibt glott gelogen, wenn man das furchbar ulkig und zum Lachen findet.

Briefe, Briefe. Von überall her. Gilgi schichtet sie übereinander. Regen alle ganz offen herum, die Briefe. Er hat keine Geheimnisse vor ihr, der Martin. Romische Angelegenheit, alles auf die Erde zu werfen. Gilgi fühlt eine Art befreuhten Stolz aufsteigen, als sie auf einem Brief den Poststempel Amsterdam sieht. Die kleine Holländerin! Oh, sie kennt diese Geschichte. (Fortsetzung folgt.)

Antimilitaristische Erziehung der Jugend.

Was auf den Schulheften in der Schweiz steht!

Auf den Umschlägen der Hefte der Schweizer Schüler ist folgendes zu lesen:

„Es wird eine Zeit kommen, der das Raschengeheuer- und Kanonenschiffen auf Menschen unter dem Befang nationaler Hymnen so ruchlos erscheinen wird, wie es uns ruchlos erscheint, daß man einmal unter dem Befang religiöser Hymnen Menschen verbrannt hat.“

Pierre Hamp.

Diese Tatsache, bisher unseren Lesern gewiß ebenfals unbekannt wie uns selber, erfahren wir aus dem Pariser sozialistischen „Populaire“, der treffend, die französischen Verhältnisse zum Vergleich heranziehend, dazu bemerkt:

„Bei uns sieht man auf den Postumschlägen die Jungfrau von Orleans, mit dem Schwert in der Hand.“

Wie es bei uns, in der Tschechoslowakei aussieht, brauchen wir unseren Lesern nicht zu beschreiben. Mit einem Reid, der gewiß nicht unedel ist, sehen wir nach der wirklichen Schweiz hinüber. Er hieße, Erdbein an die Wand werfen, wollten wir die „höhere Schweiz“ ermahnen, sich an jener Schweiz auch hierin ein Beispiel zu nehmen.

Aber deswegen soll diese prochtvolle antimilitaristische Gesinnung schweizerischer Jugendbildner auch praktisch nicht ganz für uns verloren sein! Vor allem unsere sozialistischen Jugendlischen selber mögen daraus Anregungen schöpfen, wie sie jedem gedruckten Wort, mit dem sie selber zum proletarischen Nachwuchs sprechen, in ähnlicher Weise dieses oder ein anderes Kampfwort gegen den Militarismus voranschicken könnten!

Dr. Stransky's Zeugenaussage im Prozeß Stibruny.

Jglau, 24. Oktober. Heute wurde Doktor Stransky einvernommen. Dr. Stransky antwortet auf die Frage, was ihm über die Waggonbestellungen bekannt sei, er wolle zunächst erwähnen, daß er der Initiator der Parlamentsaktion war, aus welcher dieser Prozeß hervorging. In seiner Hand habe sich das ganze Material konzentriert, das dann dem Untersuchungsausschuß vorgelegt wurde. Trotzdem sei er aber unfähig, sei es auch nur durch eine Nuance, den Angeklagten behaupten zu lassen. Der Zeuge erinnert daran, daß ihm aus eigener Erfahrung über die Waggonbestellung nichts bekannt sei und daß er seine ganze Kenntnis hierüber aus dem Untersuchungsmaterial schöpfte.

Zu der Sache selbst erklärt Dr. Stransky: Es war am 19. August 1920 als mit Dr. Englis mitteilte, daß in der Ministerratssitzung über den Waggonanfauf in Deutschland beraten wurde. Dr. Englis wollte im Ministerrat einen Aufschub der Bestellung durchsetzen. Minister Stibruny habe jede Verantwortung abgelehnt für den Fall, daß die Bestellung nicht sofort realisiert werde. Dr. Englis sprach davon, als von einer verdächtigen Sache. Im Jahre 1926 habe Dr. Stransky in den Zeitungen einen Artikel veröffentlicht, in welchem er darauf hinwies, wie der Kauf vor sich gegangen sei.

Der Zeuge wendet sich sodann der öffentlichen Versammlung vom 22. Jänner 1930 in Brno zu, wo er die heute bereits bekannte Episode vom Ministerrat mitteilte. Obwohl bereits seine damalige Rede einen beleidigenden Charakter trug, habe Stibruny in keiner Weise darauf reagiert.

Dr. Stransky schildert hierauf seine Beziehungen zu Dr. Podlipsky. Später habe er von dem Prozeß Dyma erfahren und Dyma um Abschriften seiner Zeugenaussagen ersucht. Was er aus ihnen erfahren habe, habe ihm genügt, um im Parlament seinen Angriff gegen Stibruny zu unternehmen. Am 28. Feber 1931 habe er zufällig Dr. Englis im Vorzimmer des Ministers Dr. Benes getroffen und habe ihm die Auslagen des Abg. Stibruny im Dyma-Prozeß gezeigt, welche Dr. Englis als falsche Zeugenaussagen bezeichnete. Am 12. März habe er mit Lustig in Berlin gesprochen und von ihm erfahren, daß noch eine zweite Gruppe von Vermittlern bestanden habe, die ein materielles Interesse an der Waggonlieferung hatte. Der Zeuge reproduziert, was ihm Lustig sagte, u. a. auch darüber, daß Stibruny und Stibruny einander gekannt hätten. Der Vorsitzende fragt nach den Akten des Eisenbahnministeriums, ob sie der Zeuge in der Hand gehabt hätte und der Zeuge antwortet, er erinnere sich an eine Aufschrift, in welcher das Eisenbahnministerium das Offert Stibrunys dem Finanzministerium mitteilte. Der Brief war von Stibruny eigenhändig unterzeichnet.

Der Vorsitzende unterbricht hierauf die Verhandlung. Der Gerichtshof ging bereits auseinander, als plötzlich in den Sälen der Zuhörer Frau Stibruny aufstand und Dr. Stransky, der inzwischen auf der Zeugenbank Platz genommen hatte, zuzusprach: „Sie haben sich aber ausgezeichnet! So spricht man von einem Manne des 28. Oktober.“ Dr. Stransky reagiert nicht darauf. Die Zuhörer bewahren bei dieser Szene trotz aller Erregung vollständige Ruhe.

Tagesneuigkeiten

March der Arbeitslosen.

London, 24. Oktober. Die Märier berichten jetzt regelmäßig über die Wanderungen der „Hungerdemonstranten“, die aus verschiedenen Teilen Englands nach London unterwegs sind. Es handelt sich um Gruppen von Arbeitslosen, die aus Lancashire, Yorkshire, Süd-wales, Kent usw. kommen, um in London auf ihre Notlage hinzuwirken. Aus Lancashire ist jetzt eine Gruppe von 38 Frauen unterwegs. In jeder Stadt, die die Demonstranten passieren, wird von den Behörden und von Privatpersonen für ihre Verpflegung und Unterkunft gesorgt.

Dämon Alkohol.

Tragödie einer Arbeiterfrau und ihres Kindes.

Graz, 24. Oktober. In Unter-Schwarzach bei Strah kam gestern der 24-jährige Maurer Peter Liebmann gegen vier Uhr morgens angeheuert nach Hause. Hier kam es zu einem Streit zwischen ihm und seiner Frau, in dessen Verlauf die Betrunkene seine Gattin verprügelte und ihr mehrfach Verletzungen zufügte. Frau Liebmann, die bereits aus mehreren Stoppwunden blutete, ergriff ihr vierjähriges Söhnchen und flüchtete zu ihrer Schwiegermutter. Liebmann begab sich neuerdings ins Gasthaus. Als Frau Liebmann früh nach Hause kam und ihren Gatten nicht vorfand, schnitt sie mit einem Rasiermesser ihrem vierjährigen Söhnchen und sodann sich selbst den Hals durch. Nachbarn fanden beide bereits als Leichen vor.

Tödlicher Unfall durch einen Motorradfahrer.

Montag nachmittags ereignete sich in Bünaburg, hinter dem Gasthaus Eulental, beim Kilometerstein 45, ein schwerer Motorradunfall. Der in Teßchen wohnhafte Franz Litatschke, Finanzinspektor i. R., unternahm einen Spaziergang nach Herzdorf zur Schotterperre. Auf dem Heimwege kam er in der Richtung nach Eulental fahrende Motorradfahrer Stendermann aus Eulental in schnellem Tempo, auf der rechten Seite fahrend, und überfuhr den 72 Jahre alten Litatschke. Derselbe erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Der Motorradfahrer fuhr in raschem Tempo davon, konnte aber noch rechtzeitig von einem anderen Fahrer eingeholt werden. Bei der Evidenznahme gab er an, daß er einen Arzt holen wollte. Die Gerichtskommission war sofort an Ort und Stelle. Der Tote wurde in die Leichenhalle nach Bünaburg geschafft. Der Motorradfahrer erlitt Verletzungen leichter Natur und wurde in häuslicher Pflege belassen.

Richard Tauber im Mittelpunkt eines Nazi-Krawalls.

Graz, 24. Oktober. Auf dem Hauptplatz hielt gestern vormittags der bekannte Opernsänger Richard Tauber durch eine Lautsprecheranlage eine kurze Ansprache an seine versammelten Anhänger und Anhängerinnen. Die Veranstaltung wurde auch vom Grazer Rundfunksender übertragen. Größere Abteilungen von Nationalsozialisten versuchten durch Sprechchöre unter den Rufen „Deutschland erwache! Juda verrecke!“ die Rede Taubers zu stören. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern, so daß die Polizei mit einem großen Aufgebot einschreiten mußte. Bei den entstandenen Handgreiflichkeiten wurden einige Personen verletzt. Mehr Personen, zum größten Teil Nationalsozialisten, wurden verhaftet. Für das Konzert Taubers, welches am Nachmittage stattfand, wurden daher umfassende Vorkehrungen getroffen; das Konzert verlief jedoch ohne Störung.

Tragik einer großen Künstlerin.

Gertrud Bindernagel von ihrem Gatten lebensgefährlich verwundet.

Berlin, 24. Oktober. Als Samstag abends die 38 Jahre alte Kammergängerin Gertrud Bindernagel die Städtische Oper verließ, begegnete sie ihrem Ehegatten, dem Bankier und Hauptmann a. D. Wilhelm Bindernagel, mit dem sie in eine heftige Auseinandersetzung geriet. Plötzlich zog Dinge eine Pistole und feuerte gegen seine Frau einen Schuß ab, der sie in den Rücken traf. Dinge wurde verhaftet.

Das „12-Uhr-Blatt“ meldet, daß das Befinden der Sängerin so gut wie hoffnungslos sei. Eine Operation, die die Ärzte noch um halb 4 Uhr früh vornahmen, dürfte kaum noch Rettung bringen.

Das Blatt berichtet, daß nicht Eifersucht Motiv zur Tat gewesen sei, sondern Familienstreitigkeiten, die daraus entsanden, daß die Sängerin ihre Mutter und ihre beiden Schwestern gegen den Widerspruch ihres Mannes bei sich beherbergte. Dies habe zu heftigen Zerwürfnissen zwischen Frau Bindernagel und ihrem Mann geführt, so daß schließlich am Freitag voriger Woche das Ehepaar auseinanderging und Frau Bindernagel die Scheidung einleitete. (Am 8. Okt. Red.: Gertrud Bindernagel gilt als eine der hervorragendsten hochdramatischen Sängerinnen der deutschen Bühne von heute.)

Massenmord aus Eifersucht.

Tschechisch-Tschechen, 24. Oktober. Gestern ereignete sich in der hiesigen Waggonfabrik eine furchtbare Tragödie. Der beschäftigungslose 49-jährige Fleischergehilfe Karl Szejzotka kam gestern abends aus Mähr. Ostrau nach Tschechisch-Tschechen, um die Josefine Budilová zu besuchen, mit der er ein Verhältnis unterhielt. Die Budilová wohnt in einem Waggonhäuschen bei ihrem Schwager, dem Monteur Karl Krbec, der die Wohnung mit seiner Frau Gertrud und seinen Kindern, seiner Schwiegermutter, der 53-jährigen Marie Kotacová, und einer ihrer anderen Töchter bewohnt. Szejzotka war sehr böse, daß er die Budilová nicht zu Hause antraf, zog einen Revolver hervor und

begann blind darauf los zu schießen. Er verletzte Frau Krbecová und Frau Kotacová durch Schüsse in das Gesicht tödlich. Dann lief er aus dem Waggon hinaus, traf Krbec und schoß auch auf ihn. Hierauf floh er, wahrscheinlich nach Polen. Die Gendarmen jagden nach ihm.

Die Kinder des Ehepaares Krbec machten die Gendarmen aufmerksam, die die Leiche der Kotacová in die Leichenkammer schaffen ließ. Die Krbecová starb während des Transportes ins Krankenhaus. Krbec erhielt einen Halschuß und wurde noch in der Nacht operiert. Sein Zustand ist immer noch gefährlich. Szejzotka verübte die Tat wahrscheinlich aus Eifersucht. Bis heute 16 Uhr konnte er noch nicht gefaßt werden.

Weißgardisten als Falschmünzer.

Berlin, 24. Oktober. Vor der 11. Strafkammer beim Landgericht 3 begann heute ein großer Falschmünzerprozess. Den Falschmünzern wird vorgeworfen, in den letzten Jahren englische 100-Pfund-Noten und amerikanische 500-Dollarnoten hergestellt und in Verkehr gebracht zu haben. Hauptangeklagter ist der 59-jährige russische Kunstmalers Ivan Wassiljew. Er war vor dem Kriege mehrfacher Millionär und hatte große Besitzungen auf der Krin. Angeklagt sind ferner der Kaufmann Wassil Mamonoff, der Kaufmann Arkady Urisch-Urisch und der Journalist Alexander Reissoff. Die Russen waren in der Wehrzeit Offiziere weißgardistischer Armeen, die sich später in Deutschland als Kaufleute durchzuschlagen versuchten. Wassiljewoff ist bereits 1922 wegen Falschmünzerei zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Ziehung der Klassenlotterie

Table with 2 columns: Prize amount (K) and list of winning numbers. Prizes range from 20,000 K down to 100 K.

London im Rebel.

London, 24. Oktober. (Reuter.) Die Stadt ist heute Mittag in undurchdringliche Finsternis gehüllt. Es ist dunkler als um Mitternacht. Diese Erscheinung wird mit der Windstille und der Bildung eines dichten Rauchnebels über der Stadt erklärt.

ierzehn Tote bei einer Hochzeit.

Darunter auch die Neudermählten. Kairo, 24. Oktober. (Reuter.) In einem Hause unweit von Giza, wo ein Hochzeitsfest stattfand, brach die Decke des zweiten mit Frauen überfüllten Stockwerkes durch. In den Trümmern kamen 14 Personen, darunter die Neudermählten, ums Leben.

Die verfrühten Intelligenz ist schuld. Der Wahlkreis Leipzig weist unter allen sächsischen Wahlkreisen den geringsten nationalsozialistischen und den höchsten sozialdemokratischen Stimmenanteil aus. Diese Tatsache, eine bestrenndliche Erscheinung, prüft ein betrübter Pg. im „Völkischen Beobachter“ vom 12. Oktober; er legt sie der Neigung der Leipziger zum „Nationalismus, der reinen Verstandesherrschaft“ zur Last.

Es genügt, daran zu erinnern, daß der Buchhandel und die graphischen Gewerbe einem großen Teil der Bevölkerung Brot geben — Berufe, die eine überdurchschnittliche Intelligenz voraussetzen. Aber das Bekenntnis zum Nationalsozialismus ist ja eben nicht nur eine Frage des Intellekts, sondern in weit höherem Grade Sache des Instinkts, des Willens, des Glaubens.

So ist es. „Überdurchschnittliche Intelligenz“ schädigt den Nationalsozialismus. Aber der Kurier, der sich vom Rajedoktor Weihenberg kurieren läßt, der an Kartenspielerinnen und astrologische Zeitschriften glaubt, ist die festeste Basis der Dikterei.

Die tägliche proletarische Verlustliste. In der Stärke- und Sirup-Fabrik der Firma Herrmann in Reichenau explodierte ein großer Kartoffel-Brühkessel (ein sogenannter Reaktor). Bei der Explosion wurden zwei Arbeiter schwer verletzt und zwar der 60-jährige Ignaz Valda und der 27-jährige A. Kuzikla, ein Teil der Fabrikseinrichtung vernichtet und auch das Dach weggerissen. Die Fabrik muß auf einige Zeit den Betrieb einstellen.

Ein Wilderer erschossen. Aus Mährisch-Osterau wird berichtet: Sonntag früh fanden zwei Jäger im Larisch-Revier hinter Ludgerowitz

im Hultschiner Gebiet die Leiche eines etwa 35-jährigen Mannes, in welchem der bekannte Wilderer Franz Popelak, beschäftigungsloser Zimmermann aus Gato, festgestellt wurde. Er war durch zwei Schüsse aus einem Schrotgewehr von rückwärts in den Kopf getroffen. Neben der Leiche lag Popelaks Flößergewehr. Die Untersuchung ist im Gange.

Tödlich verunglückt. Gestern zwischen 8 und 9 Uhr vormittags ist der Arbeiter Franz Heller aus Rübendörfel bei den Kanalarbeiten in der Jungmannstraße in Leitmeritz, welche durch die Firma Karl Sitte ausgeführt werden, tödlich verunglückt. Als Ursache ist wahrscheinlich die vorzeitige Entfernung der Böschung anzusehen.

Siebenstägige Gültigkeit der Rückfahrkarten für Allerheiligen. Die Rückfahrkarten können am 27. Oktober gelöst und bis einschließlich Mittwoch, den 2. November, benützt werden, ihre Gültigkeitsdauer ist somit auf ein Höchstmaß von sieben Tagen erweitert worden. Selbstverständlich können Feiertagsrückfahrkarten auch an allen dazwischenliegenden Tagen gelöst werden.

Rache der Wespen. Im bolognesischen Hochland hat man einen seit einigen Tagen vermißten Tagelöhner unter einem Haufen von Blättern und Ästen tot aufgefunden. Der furchtbar geschwollene Zustand der Leiche und eine riesige Schärpe umhüllender Wespen ließen bald die ungewöhnliche Todesursache erkennen. Der Mann hatte sich früh an die Arbeit gemacht, ein abgeerntetes Kartoffelfeld umzupflügen, als er dabei in ein zwischen den Schollen verstecktes Wespennest fiel. Der Schwarm fiel über den Unglücklichen her, der sich zunächst zu wehren versuchte, dann aber die Flucht ergriff. Die Insekten ließen jedoch nicht von ihm ab, bis er, von zahllosen Stichen getroffen, das Bewußtsein verlor. Er fiel dabei in einen Laubhaufen, wo ihn die Wespen wieder aufstöberten und so lange bearbeiteten, bis er starb. Die Polizei barg ihn, mit den nötigen Schutzmassen versehen.

Das Prager Buderamt hat auf Ansuchen des Bezirksamtes in Budweis eine Revision der Mehl- und Gebäckpreise vorgenommen. Da sich die Bäder nicht einigen konnten, wurde der Preis von 1 Kr für fünf Stück Gebäck beibehalten, während die Brotpreise um 10 bis 20 Heller per ein Kilogramm verbilligt wurden. In Taboz beträgt die Ermäßigung des Brotpreises 20 Heller. In Pardubitz werden vier Semmeln im Gewicht von mindestens 42 Gramm um 1 Kr verkauft. Die Brotpreise wurden um 20 Heller gesenkt. Ähnliche Ermäßigungen wurden auch in Prag, Duz, Bilitz, Leitmeritz, Raudnitz, Leitomischl und im Bezirk Friedland erzielt.

Nord. Der Landwirt und Totengräber August Rüdinger in Stetten (am Neckar) wurde unter dem dringenden Verdacht, die seit etwa einer Woche vermißte 53 Jahre alte Witwe Sofie Bopp aus Stetten ermordet zu haben, verhaftet. Rüdinger leugnet bisher die Tat; seine eigene Frau aber hat ihn in ihrer Aussage stark belastet. Die Leiche der Frau Bopp konnte bisher nicht gefunden werden.

Wörterliche Fecht. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Ein mit etwa 20 Fußballspielern besetzter Lastkraftwagen aus Cristel rannte in Mammolshaus mit voller Geschwindigkeit in den Vorgarten eines Hauses. Der Chauffeur Jakob Laun aus Hestlerbach war auf der Stelle tot. Weitere 6 Schwerverletzte und mehrere Leichtverletzte wurden in das Krankenhaus Königstein (Taunus) eingeliefert. Wie das Krankenhaus mitteilt, schweben drei der Schwerverletzten in Lebensgefahr. Es handelt sich durchwegs um Spieler der der Kreisliga des West-Main-Kreises angehörenden „Germania“ Cristel.

Verlorenen Nazis schicken. In Büsbach schoß eine Note angetrunkenen Nazis ohne jede Veranlassung auf Straßenpassanten. Besonders übel wurde einem Tagewagenfahrer mitgespielt. Er wurde unter Drohungen mit der Pistole angehalten, auf Waffen durchsucht und mußte dann erzittern. Schließlich bekam er noch einige Ohrfeigen. Als Hauptanführer der Naziabende zeichnete sich ein früherer Fremdenlegationsrat aus, der sich in der Trunkenheit selbst ins Anzei schickte.

Raubmord. In einem Hause in Berlin wurde die 74 Jahre alte Ehefrau Auguste Könick am Samstag abends ermordet und bestaubt aufgefunden. Der flüchtige Täter, der sein Opfer gelnedelt und mit einer Schnur aus Bettgestell hatte, erbeutete 4000 Mark Bargeld Effekten im Werte von 12.000 Mark und Schmuckstücke.

Löwen als Mäander für Alimente. In der niederösterreichischen Kreisstadt Sprottau gab im vorigen Jahr ein Wanderversus ein dreitägiges Gastspiel. Das wäre an sich nicht sehr bemerkenswert, wenn dieses Gastspiel nicht ein ganz eigenartiges Nachspiel hätte. Der Direktor der Menagerie erhielt nämlich im Laufe des Sommers dreimal die Aufforderung, für den Unterhalt eines in Sprottau geborenen Kindes einzutreten. Da der Direktor nicht zahlen wollte oder nicht konnte, wurde er dreimal verurteilt. Unglücklicherweise verfügte er jedoch nicht über die nötige Kleingeld, worauf der Sprottauer Amtsrat kurz entschlossen die drei wertvollsten Exemplare aus der Menagerie, drei ausgewachsene Berberlöwen, pfändete. Es ist nicht bekannt, ob es dem Gerichtsvollzieher gelungen ist, seinen Rudus auf den Löwen anzubringen. Tatsache ist aber, daß nun jeder Löwe kraft Gesetzes verpflichtet ist, für den Unterhalt eines der drei neugeborenen Sprottauer Kinder aufzukommen. Es ist nur gut, daß die Löwen die juristischen Zusammenhänge nicht kennen. Nicht instinktmäßig dürfte es ihnen sicher näher liegen, die Kinder aufzutreffen, als für ihr Leben als Pfand zu dienen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Mittwoch. Prag: 6.15 Gymnasial, 11.00 Schallplatten, 15.30 Biela-Vorträge, 16.10 Orchesterkonzert, 17.10 Marionettentheater, 18.25 Deutsche Sendung: Arbeiterfunk Prof. Hartwig, Prag: Ökonomie und Ideologie, 19.00 Blasmusik, 20.00 Philharmonisches Konzert, 22.20 Jazzmusik. — Brünn: 18.25 Deutsche Sendung: Direktor Weigner: Schlechtes und gutes Deutsch, 20.30 Aus dem Weltkrieg, 21.00 Russische Musik, 22.20 Schallplatten. — Berlin: 14.00 Kammermusik, 21.00 Der Zauberbaum. — Königsberg: 20.00 Tanzabend. — Langenberg: 19.00 Landschaft in Rot, 21.00 Das Konzert. — Wien: 19.20 Orlando die Lasso, zu seinem 400. Geburtstag, 20.00 Wiener Abend.

Unbekannte Rundfunkstatistiken. Kürzlich veröffentlichte die Union Internationale de Radio-diffusion eine Zeitschrift über die Bedeutung des Rundfunks für die Allgemeinheit. Folgende interessante Zahlen sind dieser Schrift entnommen: In einem Zeitraum von drei Jahren (1929-1931) hat der Rundfunk sich so stark verbreitet, daß die Zahl der radiohörenden Familien in der ganzen Welt von einigen Tausend im Jahre 1929 bis auf ihre heutige beträchtliche Höhe von 35 Millionen gestiegen ist. Die Zahl der eigentlichen Radiohörer dürfte demnach schätzungsweise rund 140 Millionen betragen. Der größte Teil aller Rundfunkprogramme dient der Verbreitung; immerhin sind auch die amtlichen Zusammenfassungen recht zahlreich. So beanspruchten die Sendungen von Wetterberichten, landwirtschaftlichen Vorträgen, Schulfunkprogrammen und Auszubildungsarbeiten für Erwachsene im Jahre 1930 bei allen Sendern der Welt rund 500.000 Stunden oder durchschnittlich 50.000 Sendetage. Die von den Rundfunkgesellschaften für die Sender aufgewandten Summen betragen sich auf etwa 2800 Millionen Kr. Die gesamten Programmgebühren erreichen jährlich gut 4600 Millionen Kr. Die Programmgebühren verschaffen demnach 25.000 bis 30.000 Personen Arbeit. Obgleich die endgültigen Zahlen für 1932 noch nicht bekannt sind, veranschlagt man den Betrag, den die Rundfunkgesellschaften in allen Ländern Ende dieses Jahres den ausübenden Künstlern an Gagen und Gehältern zur Aufführung ihrer Werke bezahlt haben werden, auf ungefähr 900 Millionen Kr. Der Gesamtwert aller augenblicklich im Betrieb befindlichen Empfangsgeräte erreicht nach vorläufiger Schätzung 28 Milliarden Kr. (BR)

Auf Schallplatte wurden neue Erder-schütterungen verpixt, die diesmal stärker und von starkem unterirdischem Dröhnen gefolgt waren. Entführt? Seit Samstag halb 6 Uhr nachmittags ist der drei Jahre alte Sohn Karollos des Anton Salis in Schüttenhofen Nr. 141/1 obgänglich. Er war ohne Ringe, hat blondes kurzes schüttertes Haar und kurze Äpfel und war mit einem kurzen grauen Rock, mit einem Gürtel aus dem gleichen Stoff bekleidet. An den Händen trug er gelbe Strümpfe und gelbe Schnürschuhe von Holz mit Gummiabsätzen.

Die Staatsbahndirektion in Prag fertigt in der letzten Woche 11 bis 14. November 1932 einen Sonderausflug nach Berlin ab, verbunden mit einem eventuellen Besuch Hamburgs. Preis pro Teilnehmer 365 K für jene, die in der Reichshauptstadt bleiben, 465 K für jene Passagiere, die weiter nach Hamburg reisen. Teilnehmer, die auf den angeschlossenen Strecken in der GDR zum Orte des Reiseantrittes reisen, genießen eine Prozentige Ermäßigung ab Böhmen bis zur Station des Reiseantrittes und zurück. Im Fahrpreis inbegriffen sind: Fahrt, Schließungsfahrt, Prag-Berlin, Berlin-Prag, volle Verpflegung und Logis, Rundfahrten mit dem Auto durch Berlin, für die Hamburger Teilnehmer durch Hamburg, Ostendunfahrt und Besichtigung eines Dampferdampfers. Anmeldungen für den Gesellschaftspass und für die Reise selbst nimmt Schalter Nr. 13 des Prager Masarykbahnhofes bei Erlegung einer Anzahlung von 100 K entgegen. Frist für Hamburg spätestens bis 1. November, für Berlin bis 5. November inkl. Abfahrt ab Prag am 11. November etwa um 14 Uhr, Rückkehr am 14. November früh nach 7 Uhr.

1108 neue Motorfahrzeuge im September. Von den monatlichen Erhebungen des Statistischen Reichsamtes wurden die den politischen und Polizeibehörden in der Tschechoslowakei im Monate September im ganzen 1108 neue Motorfahrzeuge eingetragen. Darunter sind Motorräder und Sidecars nicht enthalten. Von der angegebenen Gesamtzahl waren 900 Personenkraftwagen, 175 Lastwagen und 33 Kabinenbusse. Davon waren tschechoslowakischer Erzeugung 1022 (93,1 Prozent), fremder Erzeugung 76 (6,9 Prozent).

PRAGER ZEITUNG.

Sie lebt, sie ist da, es behielt sie nicht!

Rämlisch die DAWG., Gruppe deutschdemokratische Freiheitspartei, von der es wahrhaftig niemand mehr geglaubt hätte. Man wird sich erinnern, daß der zitierte Aufruf des Erstaunens sich auf den Lauerer in Schillers Gedicht bezieht, einen etwas tollkühnen jungen Mann, den die unangenehmsten Erfahrungen mit Sturm- und Wogenbraus nicht zu zügeln vermögen, und von dem der Dichter infolgedessen auch bald bedauernd feststellen muß, daß von dem auf- und niederwühlenden Wasser ihn keines wiederbringt.

Dieses Gedicht wird bekanntlich der deutschen Schuljugend im spätesten Alter dargeboten, zur Lehre und Warnung für ihr künftiges Leben. Aber nicht alle Schüler sind sich dessen bewußt, daß sie nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen. Die Herzen von der DAWG. scheinen samt und sonders zu dieser Kategorie zu gehören.

Es ist noch gar nicht zu lange her, daß sie mit knapper Not dem finstern flutenden Schöpf des letzten Wahlkampfes entronnen sind. Aber statt den Göttern dafür zu danken, daß sie ihre politische Tätigkeit von damals gnädig bededen mit Recht und Glauben, ergreift sie ihnen die Seele mit Himmelsgewalt, aus den Augen blüht es kühn, und sie stürzen sich neuerdings in den Strudel des politischen Lebens vermittels eines Aufrufes an die deutschen Männer und Frauen Groß-Prags, in dem sie zum Beitritt in ihrer Partei auffordern. Das „freisinnige und fortschrittliche Bürgertum“ soll sich aufstellen zur Wahrung seiner Interessen und heiligsten Güter vermittels einer jährlichen Beitragsleistung von K 16.— an die Deutschdemokratische Freiheitspartei. Dafür wird ihm schon jetzt, im Aufrufe selbst, eine Kostprobe von Programmpunkten dargeboten, insgesamt 16 Stück, also pro Stück eine Krone bzw. noch weniger, da die Punkte des Aufrufes „durchaus kein erschöpfendes Programm sind.“

Also sie sind zunächst und vor allem eine deutsche Partei; und dies, wie nicht anders zu erwarten, allen Anfeindungen zum Trotz und rüchellos. Dieses stolze Bekenntnis genügt, und es erübrigt sich daher, in dem Aufruf auch nur ein Wort auf so kleinliche Fragen zu verlieren, wie es z. B. die wirtschaftliche und soziale Lage ist, in der ein wesentlicher Bestandteil dieses deutschen Volkes lebt, auf Krise und Arbeitslosigkeit, auf die Mittel zu ihrer Bekämpfung, und was solcher unwichtiger Details mehr sind.

Das Deutschtum der DAWG., Gruppe deutschdemokratische Freiheitspartei, ist, wie mächtig bekannt, Bekenntnis — und nicht Rassendeutschtum, für welches letzteres wieder die DAWG., Gruppe Rosa, zuständig sein dürfte. Auch wird sich die Öffentlichkeit zur Not noch entsinnen können, daß die DAWG. in bezug auf die Zweitracht der Bürger die gesunde Anschauung vertritt, daß dieselbe möglichst überwunden werden müsse, am besten durch Viskoskoppelung von Parteien, die einander dann in ihren Wahlaufrufen gegenseitig als Mörderbande und Judengefindel oder ähnlich bezeichnen.

Es wird auch kein Mensch daran zweifeln, daß die Herren vom Kasino vom verderblichen Klagenstahl nichts wissen wollen; sie halten den Klagenstahl für eine schädliche und zerstörende Parole, was zwar logisch nicht gut möglich, psychologisch aber durchaus begründbar ist. So etwas sagt man nicht, das tut man bloß. Und dem Zerstörer, insbesondere dem der Illusionen der Arbeiterschaft, „treten sie entgegen, wo und wann immer sie können“. Nur halten sie das nicht immer durch in den brandenden Wogen politischen Geschehens, ist die Orientierung schwierig und da kommt es auch zuweilen vor, daß sie, statt den Zerstörer der Illusionen, diesen selbst entgegenzutreten. Das ist zum Beispiel dem Herrn Doktor Badier bei der Beratung des Bankengesetzes passiert, als er die Herabsetzung der Gehälter nicht nur in den höheren, sondern auch in den niederen Beamtensphären empfahl. Heute ist alles wieder gut; der Bankbeamte, dem der Sprecher der DAWG., Gruppe deutschdemokratische Freiheitspartei, sozusagen vom Wirbel hinweggepölpelt, damals in den Rücken fiel, empfängt heute einen vollen Erlag:

„Der deutsche Privatbeamte hat sich stets als eine der festesten Stützen der Gesellschaftsordnung erwiesen; seinen Lebensstand auf der entsprechenden Höhe zu erhalten, seinen Wohlstand zu heben und seine rechtliche Stellung zu sichern, betrachten wir als eine der wesentlichsten Aufgaben politischer Arbeit.“

Fürwahr! „Bitte, lesen Sie sich diese 16 Punkte durch . . . Tönende Phrasen, hohle Schlagworte sind bei uns verpönt.“ Dafür bieten wir Ihnen das Konkretste vom Konkretsten, lauter praktische, greifbare, handfeste Ziele, sozusagen Realpolitik in Reinkultur:

„Wir predigen nicht den Haß, sondern die Menschenliebe . . . Wir glauben an den Sieg des Rechtes und der Wahrheit und an den Untergang der Heuchelei und der Lüge.“
Welch sieghafter Optimismus! Welch beschwingter Glaube! Fromm und bieder, wahr und

offen, besonders bieder! Und vom Mieterschutz reden wir in einem Aufruf lieber überhaupt nicht, gebrauchte Kinder fürchten das Feuer; manchmal kommt es nämlich heraus, daß man in Prag dafür und in Leipzig dagegen ist, und das macht sich nicht gut.

Rutz, „wir sind überzeugt“ — und Sie mit uns —, „daß nur eine Politik der ehrlichen Arbeit und eine Politik mit fester sittlicher Grundlage zu Erfolgen führen kann.“ Das wolle Gott!

30.000 Telephonteilnehmer in Prag. Am Samstag wurde in Prag die Zahl von 30.000 tatsächlich an die automatische Telephonzentrale angeschlossenen Telephonteilnehmerstationen erreicht. Seit Anfang dieses Jahres wurden 1333 neue Telephone angeschloffen. Mit den Nebenämtern hat Prag jetzt 30.832 Telephonstationen, von denen nur 302 Stationen (in entlegenen Vororten) nicht automatisiert sind.

Die Generalversammlung der Liga für Menschenrechte findet Dienstag, den 26. Oktober, um 12.30 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses in Prag I, Perken II, statt. Eröffnungssprache des Vorsitzenden der Liga Univ.-Prof. Dr. Em. Rádl. Vortrag von Herrn Otto Lehmann-Ruhbüchel (Berlin) über die Lage in Deutschland, Berichte und Resolutions. Zutritt zur Generalversammlung nur gegen Vorweisung der neuen Legitimation, die jenen Mitgliedern zugestellt wird, welche mindestens den Beitrag für das Geschäftsjahr 1931/32 bezahlt haben. Für den Vortrag des Herrn Lehmann-Ruhbüchel wird eine beschränkte Anzahl von Gastkarten ausgegeben. Anmeldungen im Sekretariat der Liga, Prag II, Bäckerei nám. 7.

Die Volkverwaltung macht alle Geschäfte betreffend Errichtung selbständiger Telephonstationen in Groß-Prag darauf aufmerksam, daß die Ermächtigung der Telephonartise und der Bauzuschüsse für die Errichtung selbständiger Telephonstationen dauernd ist und alle Prager Bezirke betrifft. Sie ist nicht mit dem 20. Oktober 1932 terminiert, wie von vielen Ansehern irrtilmlicherweise ausgelegt wird.

Ein Sonderausflug von Prag nach Beltrus wird am 30. Oktober zum Preise von 11.50 K (inklusive Unfallversicherung und Besetzung) abgefertigt. Abfahrt etwa 8 Uhr früh, Rückkehr 19 Uhr. Anmeldungen bei Ráso 13, Masaryk-Bahnhof, wo auch die Fahrkarten ab 27. Oktober ausgegeben werden. Gleichzeitig kann man sich bei der Ráso zu einem gemeinsamen Mittagsessen anmelden.

Gerichtssaal

Herr Kiraly und Frau Tschernischeff

Mysteriöse Existenzen.

Prag, 24. Oktober. Julius Kiraly, ein 34-jähriger, sehr elegant gekleideter Magyar, gibt an, sich „aufgrund seiner Beziehungen zur Presse“ hierzulande eine Existenz als Schriftsteller schaffen zu wollen. In diesem Zweck verlebte er zunächst einmal drei Monate in Karlsbad, worauf er in der Prager Pension Fischer Quartier nahm.

Frau Marie Tschernischeff ist russische Emigrantin und angeblich „Ingenieurgattin“ und mochte am 5. September in einem Wenzelsplatzautomaten die Bekanntschaft des Herrn Kiraly, als sie ihn am Feuer für ihre Zigarette sah. Sie verlebte gemeinsam vier glückliche Tage in der Pension Fischer, bis am 8. September früh ein „Herr Unaufällig“ (so nennt der Prager Volkswitz die Geheimpolitisten) erschien und Herrn Kiraly aus dem Bett und den Armen der Frau Tschernischeff holte. Wobei sonderbar ist, daß diese bis zum letzten Moment so zärtliche Geliebte selbst die Strafanzüge wegen Diebstahls und Betruges gegen ihn erstatet hatte. Herrn Kiraly werden unrichtige Dinge darin zur Last gelegt.

Erfahren habe sich Kiraly von ihr 900 K ausgeborgt, unter der Vorbeugung, er bestie in Italien ein Weingeschäft und zweitens habe er bei dieser Gelegenheit gemerkt, daß sie ihr Geld im Divan des Zimmers versteckt habe und in ihrer Abwesenheit 3000 K mitgehen ließen.

Der Angeklagte jagte etwas ganz anderes: Sie habe ihm nur so viel Geld gegeben, daß er ihre Ausgaben bestreiten könne und am letzten Tage überhaupt nicht mehr als 100 K besessen. Das habe sie ihm selbst beim Frühstück im Café „Imperial“ gelogen und Geld zum Baden verlangt. Er hatte freilich auch so gut wie nichts. Gleichwohl hat der Existenzsucher mit der Dame eine kleine Spritzfahrt zum Autorennen am Masaryk-ring in Brünn unternommen und eine der letzten Räder vor seiner Verhaftung „durchgebohrt“. Von einem Diebstahl oder einer betrügerischen Herausforderung könne keine Rede sein.

Was zwischen den beiden vorgegangen ist, wird schwer zu erörtern sein. Denn die Tschernischeff, die bisher im Injektionshospital „Gulosta“ in Behandlung war, ist nach ihrer Entlassung in nurso verschwunden. Der Angeklagte bemerkt bitter, daß sie, wie er später erfuhr, gleich am ersten Tage ihrer Bekanntschaft mit einem kleinen Bekannten in einem Stundenhotel gewesen sei. Nun wird sie polizeilich gesucht werden und der Angeklagte wanderte in die Unterbringungshaft zurück, wo er schon 50 Tage verbracht hat. Der Gerichtshof forderte als Bedingung seiner Entlassung die Erlegung einer Kaution von 5000 K, die der Angeklagte nicht besitzt. **rd.**

Kunst und Wissen

„Das Recht auf Sünde“ (Gastspiel Werbezirk). Gisela Werbezirk gehört zu den Künstlerinnen, welchen ein schlechtes Stück oft mehr liegt als ein gutes, weil sie erst in dem schlechten den Spielraum für ihren Stegreifhumor und ihren Gestaltungsdrang haben dessen sie nun einmal bedürfen. Der Schwan „Das Recht auf Sünde“ ist wahrhaftig ein schlechtes Stück und man fragt sich, wie derlei bühnennah war, ehe es die Werbezirk belebte (es handelt sich um ein tschechisches Stück, das aus den abgehandelten Problemen der bürgerlichen Eheomal ein paar langweilige Dialoge zusammenschufte). Gisela Werbezirk kommt leider erst zum Schluß des ersten Aktes auf die Bühne, beherrscht sie dann aber souverän und zeigt uns, wie man Theater spielt, auch wenn nicht mehr als der dürftige Rahmen eines jämmerlichen Schwantes als Handlung dient. Ihre mütterliche Weisheit, ihr überlegener Lebenshumor, ihre Schloßfertigkeit — alles ihr ureigener Besitz und nicht der Rolle entlehnt — machen die Aufführung lebenswert. — Das Ensemble ist mächtig, aber immerhin besser als das Tallenberg'sche. Wenn läßt man die Werbezirk wieder einmal in einem der bei aller Reizung zur Redebreiung doch des tiefen Sinnes nicht entbehrenden Schwänke aus echtem tschechischen Kleinbürgermilieu.

Benjamins Oglil, der berühmteste Tenor der Welt, dessen herrliche Stimme und einzigartige Kunst wir vor drei Jahren bewundert haben, kommt zum einzigen Konzert am 8. November (Querna) nach Prag. Neues Programm von Wien und Viedern.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Dienstag, halb 8 Uhr abends: „Die drei Musketiere“ (A 2). — Mittwoch, halb 8 Uhr: „Schwarze Kirschen“ (B 1). — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Cavalleria rusticana“, „Rajazzo“ (C 1). — Freitag, 6 Uhr: „Die Reiterlinger von Nürnberg“. — Samstag, halb 8 Uhr: „Der Kuh vor dem Spiegel“, Ensemblespiel Al Dagover — Ernst Deutsch (A. A.). — Sonntag, halb 8 Uhr: „Im weißen Rösch“ (B. B.); halb 8 Uhr: „Der Kuh vor dem Spiegel“, Ensemblespiel Al Dagover — Ernst Deutsch (A. A.).

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag 8 Uhr: „Das Recht auf Sünde“, Gastspiel Werbezirk. — Mittwoch, 8 Uhr: „Weekend“ — Donnerstag, 8 Uhr: „Coeur-Sabre“, „Vanbomten II“. — Freitag, 8 Uhr: „Kalkutta, 4 Mai“, „Kulturverbandsfreunde“. — Samstag, 8 Uhr: „Weekend“. — Sonntag 3 Uhr: „Rina“, 8 Uhr: „Dreimal Offenbach“, Festvorstellung anlässlich des sozialdemokratischen Parteitag.

Sport • Spiel • Körperpflege

Die Tisch-Tennis-Partie des Atus Prag trägt am Mittwoch, den 26. d., im Heim auf der Heymlel ein Freundschaftsspiel gegen die derzeit beste Tisch-Tennis-Mannschaft D.T.Z. Budoi aus. Zur Durchführung gelangen sechs Einzel- und drei Doppelspiele. Beginn 7 Uhr abends.

Bürgerlicher Sport.

Ausscheiden der deutschen Klubs aus der Amateure-Staatsmeisterschaft. Sonntag wurden die beiden Rückspiele in der Vorklärrunde ausgetragen. In Prag wurde auf dem Slavoplatz der D.T.Z. mit 1:3 (0:2) von Sparta Kolln aus dem Rennen geworfen. Was die Mannschaft des D.T.Z. bot, waren technische Einzelleistungen (mit Ausnahmen!), sonst nichts; keine Zusammenarbeit, kein Kampfgeist — so verweigerte der Staatsmeister seinen Titel. Da waren die Beschlüßler ganz anders beschlagen, ließen sich durch nichts beirren, kämpften um jeden Ball und ihre Angriffe waren infolge der abschließenden Schwachreitigkeit — was man nicht vom D.T.Z. zu sehen bekam — immer eine Gefahr für das gegnerische Tor. Die tschechische Mannschaft hat sich diesen Erfolg ehrlich verdient, daran ändert auch nichts, daß der D.T.Z. mit zwei Erfahrenen antrat. Beim D.T.Z. gefielen lediglich die linke Angriffsreihe und das Halb; alle übrigen waren glatte Verfolger. — Der Karlsbader F.R. konnte auf eigenem Platz gegen A.F.R. Kolln auch nicht bestehen und verlor 1:2 (1:1). — Das Endspiel bestreiten nun Sparta Kolln und A.F.R. Kolln.

Die Vorklärrunde am den Prager Charity-Cup brachte am Sonntag mit dem 5:3 (1:0) Sieges Spartos über Ochia Karln den ersten Finalisten. Im zweiten Spiele hatte Slavia alle Mühe, am nicht von dem Amateurrein Sparta Klodno geschlagen zu werden, dessen Mannschaft ein viel besseres Spiel vorführte als die Profis. Das Match endete 2:2, nachdem Slavia bis zur Pause mit 2:1 in Führung lag. Es müssen beide noch ein weiteres Spiel antreten.

Die Meisterschaftsspiele der 2. Prosi-Liga hatten folgende Ergebnisse: SK Lidvice gegen SK Kolybi 4:2 (3:1), Kolybi SK gegen Meteor VIII 2:0 (1:0), Olympia Pilsen gegen Sladov 2:2 6:2 (3:1), SK Prochny gegen A.H.C. Prag 3:4 (0:2), Lidvice führt derzeit in der Meisterschaft.

Ausländische Spieler dürfen nicht mehr angestellt werden. Das Bundesamt hat den tschechischen Fußballverband verständigt, daß tschechisch ausländische Sportler (hauptsächlich Fußballer) keine Bewilligung zum Aufenthalt mehr erhalten.

Österreicher schlägt die Schweiz 3:1 (1:0). In Wien fand Sonntag dieser zum Europacup zählende Länderkampf statt, den die Österreicher nur dank ihrer besseren Technik und Taktik gewannen. Die Schweizer gaben im Freispielspiel einen ziemlich ebenbürtigen Gegner ab, doch waren sie vor dem Tore zu langsam.

Ausscheiden! Aufheben!

Wichtige Veranstaltungen des Prager Kreises der Sozialistischen Jugend.

In drei Plenarversammlungen aller drei Prager S.O.-Gruppen soll über den Vierten Kongreß der Sozialistischen Jugend-Internationalen berichtet werden.

Mittwoch, den 26. Oktober, im Heim am Fügnerplog: „Arbeiterjugend und Demokratie“ (Ansgangsgenosse Karl Deutsch).

Freitag, den 11. November: „Arbeiterjugend und Abklärung“ (Genosse Karl Kern).

Freitag, den 2. Dezember: „Arbeiterjugend und Sozialpolitik“ (Jugendgenosse Fäßner).

Montag, den 7. November, Jugendfeier: „15 Jahre russische Revolution“.

Mittwoch, den 16. November, spricht der bekannte Filmkritiker Genosse Fritz Rosenfeld über den Film im Dienste des Klassenkampfes.

Freitag, den 25. November, liest der Arbeiterdichter Oskar Wöhrle aus seinen Werken vor.

Mittwoch, den 23. November, sprechen die „Roten Roten“, die politische Kadetten-Gruppe der Dredner Sozialistischen Arbeiterjugend, in Prag.

Die Schulungsarbeit im Rahmen der Prager Arbeitsgemeinschaft beginnt Dienstag, den 8. November. Weitere Anmeldungen müssen sofort an Genossen Schnefelder, Prag II, Fügnerovo nám. 4, erstattet werden.

Kreisleitung Prag der Sozialistischen Jugend.

Kapit Wien gewann am Sonntag in Pilsen gegen die dortige Viktoria mit 5:1 (1:0), nachdem am Samstag die Wiener in Haag gegen D.S.B. eine 1:0-Niederlage erlitten.

Sonstige Ergebnisse. Prag: Bohemians gegen SK Klodno 4:3 (1:2), Viktoria Klodno gegen SK Eben 3:2 (1:2), Vokaturmer — Sudweis: Kapil Prag-Weinberge gegen D.E. 4:2 (0:1). — Prag: D.H. Komotau gegen Schwabbe 3:0 (2:0). — Haag: D.S. gegen D.H. Baden 7:1 (1:0). — Kuffig: D.H. gegen SpBg. Bodenbach 1:1 (0:0). — Gablunz: D.S. gegen Badenborjet A.R. 3:0 (1:0)! — A. Seiba: D.S. gegen F.S.A. Gablunz 3:1 (1:0)! — Brünn: D.S. gegen D.S.A. 2:0 (0:0). — Preßburg: O.S. gegen Eigen 5:1 (3:0). — Budapest: Ferencvaros gegen Szeged 7:1 (3:0), Ungaria gegen Kapos 3:3 (2:2), 3. Bezirk gegen U.F. 3:2 (1:1)! — Münch: D.S. gegen Wager 3:0. — Párb: SpBg. gegen J. B. Bayreuth 8:1. — Schweinfurt: J. B. Kürnberg gegen F.R. 1:0. — Linz: F.V. gegen Bayern-München 3:3. — Sauffauer: Po-Loch Wien gegen Sport 2:4 (1:2).

Vereinsnachrichten

Academie. Samstag, den 29. Oktober, im Radio 1al, Weinberge, Fochová II, 56. Beginn: halb 8 Uhr abends. Auf dem Programm gymnastische und Tanzvorführungen der Turnerinnen und Turner. Als Gäste werden mit der tschechische Frauen-Bewegungsglieder der D.D. 1. Kreis und die Atrobodengruppe der D.T.Z. Bankau. Nach dem Programm Tanz, Kapelle, Eintritt: Karten zu 6 Ks sind im Vorverkauf bei allen Mitgliedern des Vereines zu haben.

Literatur

Ende des demokratischen Sozialismus? Ein offenes Wort über die Deutschen Lehren. Von Otto Leichter. (Geheftet 6 S., 40 K.) — 50, Kd 4.—) Deutschland steht im Mittelpunkt des internationalen Interesses. Mit fieberhafter Spannung verfolgen die Arbeiter aller Länder die Entwicklung der deutschen Republik und das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse. Es ist selbstverständlich, daß die Erfahrungen, die die deutsche Sozialdemokratie in den letzten Monaten gemacht hat, auch auf die Arbeiter anderer Länder, vor allem auf die Sozialdemokratie in den mitteleuropäischen Ländern den nachhaltigsten Einfluß haben. Welche Lehren ergeben sich aus der deutschen Entwicklung für die Kampfmethoden in anderen Ländern? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Broschüre Leichters. Sie stellt fest, daß es keinen Sinn hätte, bei der Betrachtung der deutschen Entwicklung etwa an einzelne politische Fehler der deutschen Sozialdemokratie anknüpfen, sondern das System der sozialdemokratischen Politik in Deutschland — und um ein System handelt es sich — unterteilt und überprüft werden müsse. Aus der verhängnisvollen Spaltung der deutschen Arbeiterklasse leitet die ganze sozialdemokratische Politik ab, er zeigt ihre Wirkungen am 20. Juli, dem Tage der Ablegung der deutschen Regierung, und sucht schließlich auf die Lehren aus der deutschen Entwicklung zu ziehen. Die Broschüre sollten alle politisch interessierten Arbeiter und Angestellten lesen. Sie wird es ihnen ermöglichen, aus der Entwicklung in Deutschland die richtigen Lehren zu ziehen, die sich aus ihnen für den Kampf des internationalen Proletariats ergeben. In bezug durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Wien VI., Gumpendorferstraße Nr. 18.

Gesamtabdruck: Einschlag 10.— • Abdruck: D. 10.— • Anzeigen: 2.— • Einlieferung: 1.— • Preis: 1.— • Vertrieb: 1.— • Druck: 1.— • Auflage: 1000